

Die Kurzzeit-Fellows

[24.08.2020] Mit acht Stipendien des Netzwerks Tech4Germany sollen Bundesbehörden und Ministerien fit für die digitale Zukunft gemacht werden. 32 IT-Experten greifen dabei dem Staat unter die Arme.

Unlängst sind die neuen Fellowship-Programme von „Deutschlands Technologie-Taskforce“, wie sich Tech4Germany auf der Internet-Seite selbst bezeichnet, gestartet. Zum dritten Mal greifen 32 junge Digitaltalente, die häufig aus der Wirtschaft kommen, dem Staat unter die Arme, um „die Bundesregierung und Verwaltung fit für die Digitalisierung“ zu machen. Tech4Germany ist eine Art Fachkräftevermittlung, die unter der Schirmherrschaft des Bundeskanzleramts externe IT-Fachleute in unterschiedliche Verwaltungsbereiche bugsiiert. Die Idee: Das agile Know-how von jungen Entwicklern, Programmierern und Designern soll der Verwaltung bei ihren Digitalisierungsprojekten zur Verfügung stehen. Drei Monate lang halten sich die jungen Experten dort auf und entwickeln Prototypen nach nutzerzentrierten Kriterien.

Einsatzgebiete der Fellows

Die Fellowship-Programme betreffen beispielsweise das Auswärtige Amt, dessen Govdata-Portal durch eine Visualisierung der Datensätze nutzerfreundlicher sowohl für Datenlieferanten als auch für Datenanwender gestaltet werden soll. Bei der Deutschen Rentenversicherung helfen die Fellows, eine Online-Beratung zu entwickeln. Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes soll mithilfe eines digitalen Wegweisers von wiederkehrenden Anfragen entlastet werden, um so Fachexpertise für beratungsintensive Fälle bereithalten zu können. Beim Bundesfinanzministerium sollen digitale Steuerlotsen für Rentner eingeführt werden. Und um die Bürgerkommunikation innerhalb der Bundesverwaltung zu optimieren, wird dem Bundesinnenministerium bei der Entwicklung eines Chatbots geholfen.

Neues Rechtsinformationsportal

Ein Fellowship-Projekt des Bundesministeriums der Justiz und für Verbraucherschutz zielt ebenfalls auf eine nutzerfreundliche Neugestaltung ab. Die drei bisher separaten Web-Präsenzen für Gesetze im Internet, Rechtsprechung im Internet und Verwaltungsvorschriften im Internet, hinter denen sich große juristische Datenbanken verbergen, sollen nun zu einem einzigen Rechtsinformationsportal zusammengefasst, modernisiert und nach nutzerfreundlichen Kriterien neugestaltet werden. Das tut auch not. Denn in ihrer jetzigen Form sind die drei Web-Portale ein Paradebeispiel für eine sperrige und unpraktische Informationsbereitstellung seitens der öffentlichen Hand. Da erscheinen selbst die ebenfalls altbackenen Justizportale der Länder geradezu systematisch und zugänglich.

Die drei bestehenden Justizplattformen sollen nun abgelöst werden von einem einheitlichen Zugang zu den Rechtsinformationen des Bundes. Im Zuge der Überarbeitung sollen auch Umfang, Qualität und Recherchierbarkeit der Rechtsinformationen verbessert werden. Durch die Erweiterung des Angebots an Metadaten will der Bund zudem Forderungen nach Bereitstellung von mehr Open Data erfüllen. Die Staatssekretärin im Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz, Margaretha Sudhof, erklärte dazu: „Ich freue mich sehr über die Unterstützung unseres Projekts durch ein Fellowship mit Tech4Germany. Gemeinsam mit den Fellows wollen wir Lösungen entwickeln, wie wir Rechtsinformationen des Bundes allen Bürgerinnen und Bürgern auf nutzerfreundliche Art und Weise im Internet zur Verfügung stellen können. Ich bin zuversichtlich, dass es uns gelingen wird, im Rahmen des

Fellowships eine Vision für ein solches Rechtsinformationsportal zu entwickeln.“

Ministerien stehen Schlange

Den Fellows und Mentoren von Tech4Germany wird das sicherlich gelingen. Das Non-Profit-Startup ist erst im Sommer 2019 gegründet worden, und bereits jetzt stehen Ministerien Schlange, um in den Genuss eines Fellowships zu gelangen. Bei der aktuellen Runde konnten nur 8 Projekte von 60 Anträgen berücksichtigt werden. Das hängt auch an der Zahl verfügbarer IT-Experten, die im Verwaltungskontext arbeiten möchten. Den besten Ruf genießt die öffentliche Verwaltung nämlich nicht. Nach einer aktuellen Umfrage des Bitkom bewirbt sich nur jedes Dritte Start-up auf öffentliche Ausschreibungen und ebenso viele haben überhaupt einmal den Zuschlag für einen Auftrag erhalten. Oft liegt das an den Vergabekriterien, die eine Vielzahl von Referenzen verlangen, welche jung-dynamische Start-ups häufig noch nicht vorweisen können.

Clash of Cultures?

Umgekehrt kursiert in Ministerien unter Verwaltungsmitarbeitern oft der Vorbehalt, dass den Externen vor allem ein juristischer Hintergrund fehlt, und die Aufgabe der Verwaltung sei es nun einmal, Gesetze – auch als Software – gesetzestreu umzusetzen. Zudem seien die dreimonatigen Fellowships zu kurz, um die jungen Mitarbeiter mit den Gepflogenheiten der Verwaltung vertraut zu machen. Ein Clash of Cultures ist den Initiatoren von Tech4Germany nur zu bewusst. Christina Lang, eine der Gründerinnen von Tech4Germany, erklärte einmal, dass ohnehin nur Verwaltungen mit intrinsischem Veränderungswillen an den Stipendienprogrammen teilnehmen. Umgekehrt würden die Fellows schnell merken, dass eine rasche Umsetzung nicht einfach ist, da die Regularien zwar sinnvoll, aber eben auch hinderlich sind.

()

Stichwörter: Politik, Tech4Germany